



Dringlichkeitsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2019/05144**
Datum: 24.04.2019
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim,
Dr. Inés Brock, Andreas Scholtyssek

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2019	öffentlich Entscheidung

Betreff: Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der CDU/FDP-Fraktion zur Zustimmungserklärung für eine Novellierung von § 6 Kommunalabgabengesetz LSA (KAG LSA)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, den Oberbürgermeister zu beauftragen,

1. gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt die Zustimmung der Stadt Halle (Saale) für eine Novellierung von § 6 Kommunalabgabengesetz LSA (KAG LSA) zwecks Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu erklären.
2. das Land Sachsen-Anhalt zur Suche nach alternativen Finanzierungsquellen aufzufordern.
3. sich mit weiteren Bürgermeistern bzw. Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt für die Gesetzesnovelle einzusetzen.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

gez. Andreas Scholtyssek
Fraktionsvorsitzender
CDU/FDP– Fraktion

Begründung:

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen. Von vielen Bürgerinnen und Bürgern wird die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen mit dem Argument, die Erneuerung oder Verbesserung einer Straße käme nicht nur den Beitragspflichtigen, sondern vielmehr der Allgemeinheit zu Gute, als ungerecht empfunden. Forderungen nach einer Finanzierung ohne unmittelbare finanzielle Beteiligung der Anlieger bestehen seit Jahren. Mitunter stellen Beitragsforderungen mit teilweise enormen Summen die Beitragspflichtigen vor existenzielle finanzielle Probleme.

Die Diskussion über eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hat mittlerweile die Gremien des Landtages erreicht. Die Stadt Halle hat mit dem erfolgten Beschluss die Möglichkeit, sich im laufenden Gesetzgebungsverfahren für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu positionieren und als Kommune mit einem klaren Standpunkt in die Diskussion einzubringen.